



KomJC

KOMPETENZZENTRUM
JUGEND-CHECK

Bericht zum

Beteiligungsworkshop zur Einführung einer Kindergrundsicherung

16. bis 18. Juni 2023



Einleitung

Vom 16. bis 18. Juni 2023 lud das Kompetenzzentrum Jugend-Check 25 junge Menschen aus Deutschland im Alter von 12 bis 27 Jahren nach Berlin ein, um zu erfahren, wie sie auf das Thema „Kindergrundsicherung“ blicken.

Mit der Einführung einer Kindergrundsicherung plant die Bundesregierung mehr Chancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen und Armut zu reduzieren. Das Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC) wählte dieses Thema für einen Beteiligungsworkshop aus, da nahezu alle jungen Menschen in Deutschland von der Einführung einer Kindergrundsicherung betroffen sein werden und das Gesetzesvorhaben sich entsprechend auf sie auswirken wird.

Ziel des Workshops war es, die Perspektiven junger Menschen auf das Thema zu sammeln, zu dokumentieren und sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache in die Gesetzesfolgenabschätzung einzubinden. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden können in den Jugend-Check einbezogen werden, sobald der Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung vorliegt. Das Wochenende bestand aus einer Mischung von Debatten im Plenum, dem Austausch mit einer Expertin und Kleingruppenarbeit, bei der die jungen Menschen zu den konkreten Auswirkungen des Gesetzesvorhabens vertieft miteinander ins Gespräch kommen konnten.

Das KomJC veranstaltet regelmäßige Beteiligungsformate mit jungen Menschen, um die eigene Arbeit zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Der Jugend-Check selbst ist jedoch kein Beteiligungsinstrument, durch das junge Menschen in die Prüfung aller Gesetzesvorhaben miteinbezogen werden können. Er soll auch nicht als Ersatz für jugendpolitische Beteiligung verstanden werden. Die Meinungen und Perspektiven junger Menschen sind dem KomJC jedoch wichtig und können Eingang in die Arbeit des KomJC und den Jugend-Check selbst finden.

Der Beteiligungsworkshop stellt eine Weiterentwicklung des bisherigen Beteiligungsangebots dar. Dieses neue Format wurde entwickelt, um junge Menschen in geeigneter Weise direkt in ausgewählte Gesetzesvorhaben einzubinden. Indem ein Gesetzesvorhaben ausgewählt wird, zu dem noch kein finaler Gesetzentwurf vorliegt, können junge Menschen schon frühzeitig in die Gesetzesfolgenabschätzung miteinbezogen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Eckpunkte des Gesetzesvorhabens bereits bekannt sind: Dies kann eine konkrete Beschreibung im Koalitionsvertrag oder ein Eckpunktepapier sein.





Der Beteiligungsworkshop zur Einführung einer Kindergrundsicherung gliederte sich in vier thematische Abschnitte:

1) Die Teilnehmenden lernten den Jugend-Check kennen und erfuhren, wie das KomJC Gesetzesvorhaben prüft.

2) Die Teilnehmenden erhielten Informationen zu den Themen Kinder- und Jugendarmut, aktuell bestehenden staatlichen Unterstützungsleistungen für junge Menschen und ihre Familien sowie Hintergrundinformationen zur geplanten Kindergrundsicherung. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass alle Teilnehmenden über einen ähnlichen Wissensstand zum Thema verfügten.

3) Als Expertin stellte Paula Wenning vom Kinderschutzbund Bundesverband die Perspektive des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG auf das Thema vor und diskutierte mit den Teilnehmenden über verschiedene Teilaspekte einer möglichen Ausgestaltung der Kindergrundsicherung.

4) Die Diskussion zwischen den Teilnehmenden wurde anschließend in Kleingruppen vertieft. Sie tauschten sich zu möglichen Auswirkungen einer Kindergrundsicherung aus und dokumentierten ihre Erfahrungen, Meinungen und Erwartungen.

Die Ergebnisse des Workshops werden in diesem Bericht zusammengefasst.



Die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung

Während des Beteiligungsworkshops wurde über die geplante Einführung einer Kindergrundsicherung diskutiert. Dieser Abschnitt gibt daher einen Überblick über den Wissensstand zum Zeitpunkt des Workshops, auf dessen Grundlage die Veranstaltung konzipiert wurde.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ auf die Einführung einer Kindergrundsicherung geeinigt, mit der bessere Chancen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden sollen. Ziel ist es dabei, mehr Kinder und Jugendliche aus der Armut zu holen.¹

Die Kindergrundsicherung soll verschiedene Leistungen der Familienförderung zusammenfassen und in einer Leistung zusammenführen: Kindergeld, Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch II und XII, Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes sowie der Kinderzuschlag sollen in einer Leistung gebündelt werden. Diese Leistung soll automatisch berechnet und ausgezahlt werden. Darüber hinaus soll das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen neu berechnet werden.

Die Bundesregierung plant eine Kindergrundsicherung, die aus zwei Komponenten besteht:

Garantiebetrag

Ein Betrag, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Zusatzbetrag

Ein gestaffelter Zusatzbetrag, abhängig vom Einkommen der Eltern.

Volljährige junge Menschen sollen die Kindergrundsicherung direkt erhalten können.³

Im März 2022 wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe zur Kindergrundsicherung gegründet. Innerhalb dieser sollen Vertreterinnen und Vertreter aus sechs Ministerien ein Konzept für eine Kindergrundsicherung erarbeiten. Beteiligt sind folgende Bundesministerien: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.⁴

¹ Vgl. Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, 2021, S. 100. (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf>)

² Vgl. ebd., S. 100.

³ Vgl. ebd., S. 100.

⁴ BMFSFJ, Interministerielle Arbeitsgruppe konstituiert sich, 2022. ([\)](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/interministerielle-arbeitsgruppe-kindergrundsicherung-konstituiert-sich-194724=)

Das Gesetzesvorhaben aus der Perspektive einer Expertin

Gleichbehandlung und Chancengleichheit

Als Expertin war Paula Wenning vom Kinderschutzbund Bundesverband eingeladen. Der Kinderschutzbund ist Teil des seit 2009 bestehenden Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG. Paula Wenning referierte zur Lage der Kinderarmut in Deutschland, stellte das Konzept des Bündnisses zur Kindergrundsicherung zur Diskussion und teilte ihr Fachwissen.

Aus Sicht des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG stellt die aktuell bestehende Vielzahl staatlicher Leistungen für Kinder und Jugendliche, für deren Bewilligung und Auszahlung unterschiedliche Behörden zuständig sind, eine Zugangshürde dar.

Demnach nehmen viele Familien Leistungen, die ihnen zustehen, nicht in Anspruch, was in der Konsequenz zu einem hohen Anteil verdeckter Armut führe. Paula Wenning hob hervor, dass es zurzeit durch verschiedene gesetzliche Regelungen und Schnittstellen zu unterschiedlichen Höhen des kindlichen Existenzminimums im Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht komme. Dabei werden Kinder und Jugendliche je nach der Erwerbssituation ihrer Eltern ungleich gefördert. Im Sinne einer Gleichbehandlung aller Kinder und Jugendlichen und einer Förderung gleicher Chancen setze sich das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG dafür ein, das kindliche Existenzminimum realitäts- und bedarfsgerecht zu ermitteln und Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten für ihre Lebensrealität daran zu beteiligen.

Neben der Erhöhung der Beträge sei für eine zielführende Kindergrundsicherung wichtig, eine Zusammenlegung unterschiedlicher Leistungen sicherzustellen, um eine Leistung für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. So zum Beispiel auch für Kinder, deren Eltern Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Durch eine automatisierte Auszahlung sollen außerdem die Hürden der Inanspruchnahme verringert werden.



Die Höhe der für die Kindergrundsicherung zur Verfügung stehenden Mittel war zum Zeitpunkt des Workshops noch unklar, weshalb über die (notwendige) Höhe unter den Teilnehmenden diskutiert wurde. Sie waren mehrheitlich der Ansicht, dass die Berechnungen über die Höhe und die entstehenden Mehrkosten seitens der Ministerien für die Öffentlichkeit transparent sein sollten. Da Armut sich negativ auf schulische Leistungen und in der Folge auf Chancen im weiteren Lebensverlauf auswirken kann, war es den Teilnehmenden wichtig hervorzuheben, dass das kindliche Existenzminimum die Bedarfe von jungen Menschen im Bereich der Bildung in besonderem Maße berücksichtigen sollte. Als Hindernis für eine zeitnahe und effiziente Umsetzung der Kindergrundsicherung sahen die Teilnehmenden den aktuellen Stand der digitalen Vernetzung von Behörden an.

Darüber hinaus stellten die Teilnehmenden Paula Wenning Fragen dazu, wie die geplante Kindergrundsicherung Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Lebenslagen erreichen sollte, etwa junge Menschen, die in betreuten Einrichtungen leben oder nicht über ein eigenes Konto verfügen. Sie erkundigten sich weiterhin zu weiteren Maßnahmen neben einer Kindergrundsicherung, die zu einer Verbesserung der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche führen könnten. Im Austausch mit der Expertin kamen die jungen Menschen zu der Erkenntnis, dass die Kindergrundsicherung zwar keine vollständige Chancengleichheit herstellen werde, jedoch einen wichtigen Baustein zur Förderung der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe junger Menschen darstellen würde.



Perspektiven und Eindrücke der Teilnehmenden

Ergebnisse des Beteiligungsworkshops

Auf Basis der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Punkte zur geplanten Ausgestaltung der Kindergrundsicherung sowie der Hintergrundinformationen der Expertin Paula Wenning diskutierten die Teilnehmenden rege über mögliche Auswirkungen einer Kindergrundsicherung auf junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren.

Um die Ergebnisse zu strukturieren und den Teilnehmenden eine leichtere Einordnung zu ermöglichen, erfolgte der Meinungsaustausch entlang der sechs Lebensbereiche, die der Jugend-Check in seinem Prüfinstrument heranzieht:

- **FAMILIE**
- **BILDUNG UND ARBEIT**
- **FREIZEIT**
- **UMWELT UND GESUNDHEIT**
- **POLITIK UND GESELLSCHAFT**
- **DIGITALES**



Im Folgenden werden die Lebensbereiche kurz beschrieben, gefolgt von den Perspektiven und Einschätzungen der Teilnehmenden zu den möglichen Auswirkungen einer Kindergrundsicherung. Die Ergebnisse des Workshops und die Rückmeldungen der Teilnehmenden beziehen sich dabei auf eine Kindergrundsicherung, die mindestens die im Koalitionsvertrag festgelegten Parameter beinhaltet. Sie sind vor diesem Hintergrund zu verstehen und können nicht die weitere politische Diskussion nach dem Ende der Veranstaltung abbilden.

Die Darstellungen und festgestellten Auswirkungen innerhalb der einzelnen Lebensbereiche spiegeln die Einordnungen der Teilnehmenden wider und sind nicht immer deckungsgleich mit der Definition des KomJC für den jeweiligen Lebensbereich.

LEBENSBEREICH FAMILIE

Im Lebensbereich Familie wird festgestellt, ob bzw. wie sich das geplante Gesetz auf das Zusammenleben in der Familie auswirkt. Dabei werden einerseits junge Menschen als Teil ihrer Familie betrachtet und andererseits junge Menschen in den Blick genommen, die selbst Eltern sind oder eine Familiengründung planen. Es geht auch um Jugendliche, die getrennt von ihren Eltern aufwachsen.

Im Lebensbereich Familie sind die Teilnehmenden zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung insgesamt positive Auswirkungen auf das familiäre Gefüge und Zusammenleben haben kann. Jedoch würden damit nicht alle Hürden und Herausforderungen, mit denen sich junge Menschen in benachteiligten Familien konfrontiert sehen, abgebaut werden.

Mehr Zeit für familiäre Aktivitäten durch weniger Bürokratie

Die Teilnehmenden sprachen über unterschiedliche Leistungen der Familienförderung, welche zum Teil bei verschiedenen Behörden beantragt werden müssen. Zwar werde das Ausfüllen und Einreichen der Anträge zumeist von den Eltern übernommen, jedoch bedeute es einen hohen zeitlichen Aufwand. Häufig würden junge Menschen jedoch auch selbst in diese Prozesse der Antragsstellung eingebunden, beispielsweise indem sie bei möglichen Sprachbarrieren der Eltern Übersetzungen übernehmen. Durch das Zusammenfassen verschiedener Leistungen der Familienförderung in einer Kindergrundsicherung sowie die Möglichkeit einer Online-Beantragung und automatisierten Auszahlung würde der bürokratische Aufwand verringert werden. Die Teilnehmenden gingen davon aus, dass junge Menschen und ihre Familien dadurch mehr Zeit hätten, die sie beispielsweise für gemeinsame Unternehmungen nutzen könnten. Dies könnte sich wiederum positiv auf die familiären Beziehungen auswirken.

Weniger psychischer Druck in der Familie durch mehr finanzielle Mittel

Das Vorhaben der Kindergrundsicherung beinhaltet, dass über einen Garantiebetrug hinaus ein einkommensabhängiger Zusatzbetrag gezahlt wird.

Diesen Aspekt griffen die Teilnehmenden auf und gingen davon aus, dass benachteiligten Familien dadurch ggf. mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden als vor Einführung einer Kindergrundsicherung.

Dies könnte für betroffene junge Menschen den Druck reduzieren, bereits frühzeitig einen Nebenjob aufnehmen zu müssen, um etwas zum Familieneinkommen beizutragen. Stattdessen könnten sie länger in ihrer Rolle als Kind bzw. Jugendlicher bleiben und müssten nicht frühzeitig „Erwachsenenaufgaben“ übernehmen. Die Teilnehmenden gingen davon aus, dass die Kindergrundsicherung zu mehr finanziellen Mitteln führen könnte, wodurch Familien weniger durch Geldsorgen belastet sein könnten. Somit könnte es z.B. zu weniger Konkurrenzdruck zwischen Geschwistern kommen, wodurch sich das Familienklima insgesamt verbessern könnte.

Austausch zwischen Familien verschiedener sozialer Hintergründe

Mit Einführung der Kindergrundsicherung könnten junge Menschen in benachteiligten Familien aus Sicht der Teilnehmenden eine höhere Chancengleichheit erfahren und gemeinsam mit ihrer Familie an Aktivitäten mit anderen Familien teilnehmen, zu denen sie sonst aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen keinen Zugang hätten. Dies könnte langfristig zu mehr Austausch unter Familien mit verschiedenen sozialen Hintergründen führen.

LEBENSBEREICH BILDUNG UND ARBEIT

Im Lebensbereich Bildung und Arbeit wird gefragt, wie sich das geplante Gesetz auf den Beruf und die Möglichkeiten junger Menschen auswirkt, Wissen zu erwerben und sich zu qualifizieren. Zur Bildung gehören sowohl Schule, Hochschulen oder Ausbildungseinrichtungen als auch alternative Möglichkeiten des Lernens. Zur Arbeit gehören Nebentätigkeiten, der Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt und der Berufsalltag.

Im Lebensbereich Bildung und Arbeit waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung dazu beitragen könne, dass junge Menschen in benachteiligten Familien insgesamt weniger Stress empfinden und mehr Zeit für ihre Bildung und Arbeit haben.

Verbesserte Teilhabemöglichkeiten an schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten

Im Vorhaben der Kindergrundsicherung ist vorgesehen, u.a. Teile der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in der Kindergrundsicherung zusammenzufassen. Die Teilnehmenden griffen diesen Aspekt auf und gingen davon aus, dass sich der reduzierte bürokratische Aufwand positiv auf Teilhabemöglichkeiten junger Menschen an schulischen Bildungsangeboten auswirke. So müssten keine oder weniger Einzelanträge, z.B. für die Kostenerstattung für Klassenfahrten, gestellt werden. Dies könnte zudem dazu führen, dass junge Menschen aus benachteiligten Familien überhaupt erst an einer Klassenfahrt teilnehmen können, da sie künftig möglicherweise nicht mehr wie bisher auf lange Antragsgenehmigungen warten müssen.⁴

Höhere finanzielle Mittel durch die Kindergrundsicherung könnten nach Meinung der Teilnehmenden dazu beitragen, dass die betroffenen jungen Menschen auch an außerschulischen Bildungsangeboten teilnehmen können, die ansonsten aufgrund zu hoher Kosten für sie möglicherweise verwehrt geblieben wären. Dadurch würden ihnen künftig bessere Chancen ermöglicht werden, sich weiterzubilden.

⁴ Die Teilnehmenden haben innerhalb der Diskussionen von ihren eigenen Erfahrungen und Wissensständen berichtet und auf Grundlage dieser Erwägungen angestellt. Diese weichen ggf. von der aktuellen Rechtslage ab.

Mehr psychische und zeitliche Ressourcen für den eigenen Bildungsweg

Durch die Kindergrundsicherung stehen benachteiligten Familien ggf. mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, was den Teilnehmenden zufolge für betroffene junge Menschen den Druck mindern könnte, frühzeitig einen Nebenjob aufzunehmen. Dies könnte die jungen Menschen entlasten und dazu führen, dass sie sich leichter auf ihren Bildungsweg oder ihre Ausbildung konzentrieren könnten.



LEBENSBEREICH FREIZEIT

Im Lebensbereich Freizeit wird geprüft, wie sich das geplante Gesetz auf die Freizeit junger Menschen auswirkt. Freizeit ist die Zeit jenseits von Schule, Ausbildung, Studium, Beruf oder familiären Verpflichtungen – also die Zeit, über die junge Menschen frei verfügen können. Freizeit trägt zur Entwicklung junger Menschen bei.

Ermöglichung von Freizeit

Nach Ansicht der Teilnehmenden könnte die Umsetzung der Kindergrundsicherung dazu führen, dass junge Menschen aus benachteiligten Familien grundsätzlich freie Zeit haben und diese in ihrer Freizeit nutzen können. So würden durch die Kindergrundsicherung potenziell mehr finanzielle Ressourcen bereitstehen, wodurch junge Menschen nicht bereits frühzeitig einen Nebenjob annehmen müssen, um zum Familieneinkommen beizutragen. Durch den Wegfall dieser Verpflichtung und weniger psychischem Druck aufgrund akuter Geldsorgen der Familie, könnten sie die neu gewonnene Zeit individuell nutzen. Dabei habe die Möglichkeit, an Freizeitaktivitäten teilzunehmen für sie auch Auswirkungen auf ihr mentales Wohlbefinden, da Freizeit wichtig zur Erholung und Entspannung für junge Menschen sei.

Mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen Leben und zur individuellen Entfaltung

Es herrschte unter den Teilnehmenden Konsens darüber, dass positive Auswirkungen auf die Freizeitgestaltung junger Menschen aus benachteiligten Familien durch (höhere) Leistungen der Kindergrundsicherung zu erwarten seien, da sie nicht länger von kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten ausgeschlossen seien. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass sich (höhere) Leistungen der Kindergrundsicherung voraussichtlich positiv auf die Freizeitaktivitäten junger Menschen aus benachteiligten Familien auswirken würden, da sie nicht mehr von bezahlten Freizeitaktivitäten ausgeschlossen wären. Stattdessen könnten sie zum einen häufiger an kostenpflichtigen Frei-

Die Kindergrundsicherung könnte den Teilnehmenden zufolge dazu beitragen, dass jungen Menschen (mehr) Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ermöglicht würden.

zeitaktivitäten mit Freundinnen und Freunden teilnehmen, etwa ins Kino oder Schwimmbad gehen. Dies wiederum könnte dazu führen, dass sich die Beziehungen zu ihren Freundinnen und Freunden verbessern oder ausweiten und so das Zugehörigkeitsgefühl junger Menschen gestärkt werde. Zum anderen gingen die Teilnehmenden davon aus, dass den betroffenen jungen Menschen hinsichtlich ihrer individuellen Freizeitgestaltung eine größere Wahlfreiheit ermöglicht würde. Sie könnten dann aus einer größeren Auswahl an Angeboten zur Freizeitgestaltung jenseits von Aktivitäten mit ihren Freundesgruppen, wie Sportvereinen oder Musikunterricht wählen. Dadurch würde begünstigt, dass sie ihre individuellen Interessen und Talente entfalten könnten. Darüber hinaus wurde darüber diskutiert, dass sich über die Teilnahme an Freizeitaktivitäten auch ein ehrenamtliches Engagement junger Menschen ergeben könne, in dem sie sich etwa in Jugendverbänden engagieren. So könne durch die Kindergrundsicherung auch ehrenamtliches Engagement ermöglicht werden.

Steigende Mobilität junger Menschen

Die Teilnehmenden gingen davon aus, dass sich die Kindergrundsicherung auf die Mobilität junger Menschen auswirken könnte. Aus ihrer Sicht könnten junge Menschen durch die Kindergrundsicherung leichter Fahrkarten für den ÖPNV kaufen, da ihnen durch die Kindergrundsicherung mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Dies könnte ihre Mobilität steigern. Davon betroffen seien insbesondere junge Menschen im ländlichen Raum, da dort die Entfernungen zu Freizeitaktivitäten (z.B. Vereine, Kino, Schwimmbad) die Nutzung des ÖPNV notwendig machen könnten.

LEBENSBEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Im Lebensbereich Umwelt und Gesundheit wird geprüft, wie sich das geplante Gesetz auf Umwelteinflüsse und das Gesundheitssystem für junge Menschen auswirkt. Bei den Umwelteinflüssen geht es um die Auswirkungen auf die Gesundheit, um ökologische Fragen und die Situation in der direkten Umgebung. Beim Gesundheitssystem geht es darum, wie gut die Gesundheitsversorgung ist, z.B. ob es genügend Ärztinnen und Ärzte und Versorgung speziell für Jugendliche gibt.

Die Teilnehmenden hoben im Lebensbereich Umwelt und Gesundheit hervor, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung sich positiv auf die psychische Gesundheit junger Menschen, insbesondere in benachteiligten Familien auswirken könne. Gleichzeitig merkten sie allerdings an, dass die Kindergrundsicherung kein Allheilmittel für deren psychische Gesundheit darstellen könne.

Verbesserung psychischer Gesundheit

Da die Einführung einer Kindergrundsicherung den bürokratischen Aufwand reduzieren könnte, gingen die Teilnehmenden davon aus, dass dies zu einer Entlastung junger Menschen führen würde. Diese müssten ihre Eltern dann weniger bei der Erstellung von Anträgen oder etwaigen Übersetzungsleistungen im Fall von Sprachbarrieren unterstützen. Das könnte Stress reduzieren, die psychische Belastung junger Menschen verringern und ihr allgemeines Wohlbefinden verbessern. Die Teilnehmenden gingen zudem davon aus, dass sich das ggf. bestehende Schamgefühl junger in Armut aufwachsender Menschen vermindern könnte, wenn sie nach Einführung der Kindergrundsicherung mehr Geld als vorher zur Verfügung hätten. Je höher der Betrag der Kindergrundsicherung und je mehr Teilhabe dadurch ermöglicht werde, desto weniger Scham würden diese jungen Menschen aufgrund ihrer Lage empfinden. Dies könnte positive Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit haben.

Ermöglichung besserer Ernährung und Teilhabe an sportlichen Angeboten

Auch das Thema gesunde Ernährung sprachen die Teilnehmenden an. Sie gingen davon aus, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung jungen Menschen und ihren Familien mehr Möglichkeiten bieten würde, sich gesünder zu ernähren, da sie nicht mehr darauf angewiesen seien, immer nur die günstigsten Lebensmittel zu kaufen. Auch im Bereich der individuellen Gesundheit wäre mit positiven Auswirkungen zu rechnen. So nahmen die Teilnehmenden an, dass durch die Kindergrundsicherung mehr Geld zur Wahrnehmung von Sportangeboten vorhanden sein könnte. Junge Menschen, welche vorher kein Geld dafür hatten, könnten sich nun eine größere Auswahl an Sportarten und -angeboten leisten. Dies könnte sich positiv auf ihre Gesundheit auswirken.



LEBENSBEREICH POLITIK UND GESELLSCHAFT

Im Lebensbereich Politik und Gesellschaft geht es darum, wie sich das geplante Gesetz auf die Möglichkeit junger Menschen auswirkt, politisch mitzubestimmen und an der Gesellschaft teilzuhaben. Es wird betrachtet, ob alle Gruppen junger Menschen mitgedacht werden und ob sie die Möglichkeit haben, die Vorgänge zu verstehen und daran mitzuwirken.

Die Teilnehmenden waren sich im Lebensbereich Politik und Gesellschaft einig, dass die Kindergrundsicherung für junge Menschen aus benachteiligten Familien zur Förderung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beitragen könne.

Geringere Hürde der Inanspruchnahme von Leistungen

Die Teilnehmenden gingen davon aus, dass sich die Kindergrundsicherung positiv auf die gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien auswirken könnte, da mehr Menschen Zugang zu den Leistungen erhalten, da es weniger Anträge auf Einzelleistungen gibt und die Zahlungen automatisch erfolgen sollen. Auch würden Sprachbarrieren eine geringere Zugangshürde darstellen, wodurch mehr junge Menschen in betroffenen Familien profitieren würden.

Stärkung gesellschaftlicher Zugehörigkeit

Die Kindergrundsicherung könnte aus Sicht der Teilnehmenden außerdem dazu beitragen, Schamgefühle bei jungen Menschen aus benachteiligten Familien zu verringern und Stigmatisierung abzubauen. Junge Menschen in benachteiligten Familien könnten sich von der Politik mehr ernstgenommen fühlen. Dies könnte Politikverdrossenheit mindern und ein stärkeres Gefühl von gesellschaftlicher Zugehörigkeit begünstigen.

Stärkung politischer Mitbestimmung

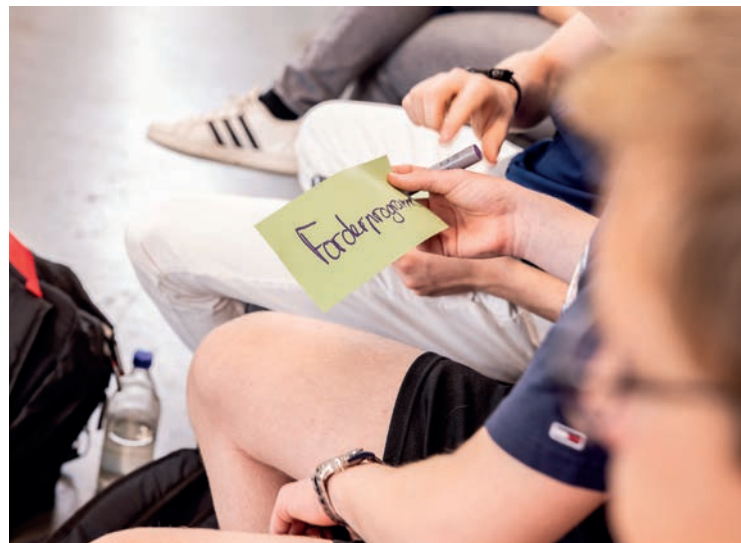
Durch mehr finanzielle Mittel könnten den Teilnehmenden zufolge beispielsweise junge Menschen aus benachteiligten Familien mehr Freizeit haben, weil sie nicht mehr frühzeitig einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten müssten.

Stattdessen könnten sie sich dann politisch engagieren, z.B. im Rahmen von Jugendparlamenten oder Parteien. Dies stärke ihre gesellschaftliche Mitbestimmung und fördere durch Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit insgesamt ein höheres Interesse an politischer Partizipation bei den betroffenen jungen Menschen.



Impressionen des Beteiligungsworkshops





Ausblick

Die Erstellung des Jugend-Checks

Das KomJC wird mögliche Auswirkungen der Einführung einer Kindergrundsicherung auf junge Menschen in einem Jugend-Check beschreiben, sobald ein Gesetzentwurf dazu vorliegt. Nach derzeitigem Stand soll ein Gesetzentwurf im Sommer 2023 innerhalb der Bundesregierung abgestimmt werden. Für die Erstellung des Jugend-Checks werden die Diskussionen der Teilnehmenden als wertvolle Impulse dienen, um die Interessen, Bedenken und Anregungen junger Menschen bei der Erstellung des Jugend-Checks mitzudenken. Sie werden dabei innerhalb der wissenschaftlichen Gesetzesfolgenabschätzung geprüft und können Eingang in den Jugend-Check finden. Vielen Dank an alle Beteiligten für die lebhaften und inspirierenden Diskussionen und Denkanstöße!

Das KomJC wird auch in Zukunft zielgerichtete Beteiligungsformate mit jungen Menschen durchführen. Damit junge Menschen wirksam in die Gesetzesfolgenabschätzung miteinbezogen werden können, bedarf es ausreichender Zugänge zu geplanten Gesetzentwürfen, indem beispielsweise Eckpunkte zur Verfügung gestellt werden. Das KomJC bietet allen Ressorts der Bundesregierung an, eine wissenschaftliche Gesetzesfolgenabschätzung in Kombination mit einer Jugendbeteiligung durchzuführen.

Beteiligung mit der Jugend-Check App

Die Jugend-Check App bietet die Möglichkeit, junge Menschen datenschutzkonform und anonym zu geplanten Gesetzesvorhaben zu befragen.

Nutzerinnen und Nutzer der App zwischen 12 und 27 Jahren können so ihre Perspektive zu einem geplanten Gesetz an das KomJC senden. Die Ergebnisse werden ausgewertet und bei der Erstellung des Jugend-Checks mitgedacht. Die Befragung junger Menschen mittels der App hat den Vorteil, dass trotz kurzer Fristen im Gesetzgebungsprozess die Meinungen und Erfahrungen junger Menschen eingeholt werden können. Zudem ist die Beteiligung einer größeren Anzahl an jungen Menschen möglich. Das KomJC sieht die Beteiligung junger Menschen mithilfe von Befragungen in der Jugend-Check App als Ergänzung der ausführlichen Beteiligungsformate, da bei diesen Workshops ausführlicher über ein Thema gesprochen und deutlich mehr Kontext hergestellt werden kann.

Um über aktuelle Befragungen informiert zu werden, jetzt die Jugend-Check App herunterladen und loslegen:

<https://www.jugend-check.de/service/app/>

Die Jugend-Check App im Apple App Store:
<https://apps.apple.com/de/app/jugend-check/id1529926248>

Die Jugend-Check App im Google Play Store:
<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.ACB.JC&pli=1>

Impressum



Kontakt

Kompetenzzentrum Jugend-Check (KomJC)
Seydelstraße 18
10117 Berlin

info@jugend-check.de
www.jugend-check.de

Ein Projekt von:

Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung (FÖV)

Gefördert vom:

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Herausgeber


Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung
Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow, V.i.S.d.P
Freiherr-vom-Stein-Straße 2
67346 Speyer

Bildnachweis

alle Bilder: Ines Grabner für das KomJC

Stand

August 2023



Ein Projekt von:



Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Im Rahmen der:



**Jugendstrategie
der Bundesregierung**

Nationaler Aktionsplan für
Kinder- und Jugendbeteiligung